

Wer wir sind, woher wir kommen:

Im Zuge der Gründung des Bundesverbandes Die Grünen im Januar 1980 haben sich unzählige Kreisverbände gegründet. Auch in Bottrop taten sich Menschen zusammen unter der Bezeichnung GAL (Grün Alternative Liste). Bereits in der Ratsperiode 1984 bis 1989 waren die Grünen unter dieser Bezeichnung GAL im Rat der Stadt mit vier Ratsherren- und frauen vertreten. Auch in den drei Bezirken (Bezirk Stadtmitte, Bezirk Süd und Bezirk Kirchhellen), die es in Bottrop gibt, zogen die Grünen mit jeweils einem Vertreter bzw. einer Vertreterin ein. Seit damals sind die Grünen, erst unter der Bezeichnung GAL, dann unter der Bezeichnung Die Grünen und ab 1994 (nach dem Zusammenschluss von Bündnis 90 und Die Grünen) unter dem Namen Bündnis 90/Die Grünen durchgehend im Rat der Stadt Bottrop und seinen Bezirksvertretungen präsent.

Nach einer engagierten ErstwählerInnen-Party zur Europawahl 2004 gründete sich neben dem Kreisverband Die Grüne Jugend – Bottrop, mit der der Kreisverband und die Fraktion in erster Linie jugendpolitische Themen für Bottrop aufgreifen. Ein aktuelles Beispiel ist die Initiative zu einem Jugendparlament. Unser grünes Team besteht durchschnittlich aus 50 Mitgliedern und Sympathisanten.

Auch in diesem Jahr planen die Grünen, diesmal zusammen mit der Grünen Jugend, eine ErstwählerInnenparty. Der direkte Kontakt mit den Menschen und Initiativen vor Ort ist die Basis unserer Arbeit, nur so kann grüne Politik die Menschen erreichen.

GRÜN macht den Unterschied!

GRÜNE Leitlinien für die Kommunalwahl 2009

Unser Ziel ist es, auch in der nächsten Ratsperiode viele GRÜNE Inhalte in Bottrop umzusetzen. Deshalb werben wir im Kommunalwahlkampf nicht für mögliche Koalitionen, sondern für GRÜNE Ideen, Projekte und Inhalte. Folgende Leitlinien gelten daher als Eckpunkte für deren Entwicklung und Formulierung:

GRÜNE stehen für aktiven Klima-, Natur-, Landschafts- und Tierschutz sowie stadtverträgliche Mobilität

Wir sind der Garant für einen aktiven Klimaschutz und einen nachhaltigen Schutz der natürlichen Ressourcen. Die Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten auf der "grünen Wiese" ist der falsche Weg (z. B. Bebauungspläne "Gertskamp" in Feldhausen oder "Kranenburger Feld" in Boy). Wir wollen eine nachhaltige Flächenpolitik und keinen "Flächenfraß" in unserer Stadt! Der Landschaftsbeirat Bottrop muss mit einem deutlich ausgeweiteten Zuständigkeitsbereich verstärkt in örtliche Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Mit Konzepten zur gezielten Förderung von Energie- und Wassereinsparung, Abfallvermeidung und der Solar- und Wasserstofftechnologie kann Bottrop eine Vorreiterrolle erringen. Das "EuWaK"-Projekt von Stadt und Emschergenossenschaft eröffnet in der Welheimer Mark mit der Herstellung von Erdgas und regenerativem, also "grünem" Wasserstoff aus Klärschlamm - neben einem sichtbaren Beitrag zur CO₂-Verminderung - attraktive Perspektiven für den Wirtschaftsstandort Bottrop (z. B. Ansiedlung von Anlagenbauern in der Hausenergieversorgung mit dem Einsatz von Wasserstoff aus Faulgas im BHKW).



Zentrale Zukunftsprojekte sind für uns die rasche Umsetzung der im Luftreinhalteplan festgelegten Maßnahmen zur Feinstaub- und Stickstoffoxidreduzierung, flächendeckend verbesserte, barrierefreie Bus- und Bahnverbindungen sowie eine "Fahrradfreundliche Stadt Bottrop" mit einer gut ausgebauten Infrastruktur für den Fahrradverkehr (Radverkehrsnetz, Wegweisung, Abstellanlagen etc.). Durch eine gezielte Förderung und Verbesserung des Umweltverbundes aus Bus, Bahn, Fahrrad und den "eigenen Füßen" wollen wir die allgemeine Mobilität stadtverträglich verbessern und einen nachhaltigen Stadttourismus fördern. Kostspielige Verkehrsgroßprojekte quer durch das Ruhrgebiet wie die Transitautobahn A 52 sind nicht zeitgemäß und klimaverträglich, sondern belasten Mensch und Natur, ohne gewachsene innerstädtische Verbindungen und das grundlegende Bedürfnis auf Schutz vor Lärm und Schadstoffen zu sichern. Dem Schutz der Pflanzen- und Tierwelt "vor Ort" kommt nicht nur hier eine große Bedeutung zu (z. B. Erhalt "grüner Oasen", wie an der Möddericher Straße in Batenbrock). Die Einrichtung eines Tierfriedhofs im Bottroper Stadtgebiet wird von uns ausdrücklich befürwortet.

GRÜNE stehen für Gerechtigkeit und soziale Teilhabe

Die Integration und die Vermeidung jeder Diskriminierung sind Leitlinie unserer Politik.



Deshalb wollen wir die kommunalen Handlungsmöglichkeiten so weit wie möglich ausschöpfen, um Benachteiligungen abzubauen und adäquate Lebensbedingungen für alle Menschen in Bottrop zu schaffen. Der von uns lange eingeforderte und in Auftrag gegebene "Sozialbericht Bottrop" soll Grundlage für eine gerechte und nachhaltige Sozialpolitik sein. Bedarfe können mit diesem Instrument erkannt und erfüllt werden (z. B. durch gezielte Beratungsangebote und Sozialtarife).

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben impliziert aber auch Mobilität. Deshalb setzen wir uns unter anderem für ein Sozialticket für Busse und Bahnen und einen städtischen Behindertenfahrdienst für mehr Betroffene ein. Es muss eine Querschnittsaufgabe in unserer Stadt sein, die Stadt mit den Augen von Menschen mit Behinderungen zu sehen und ihre Belange durchgreifend zu beachten. Der von uns seit 1999 geforderte und inzwischen veröffentlichte "Ratgeber für Menschen mit Behinderungen" ist auch ein Schritt in diese Richtung.

Das kommunale Wahlrecht für alle Bottroper EinwohnerInnen ist für uns Grundlage des gleichberechtigten Zusammenlebens. Geschlechtergerechtigkeit ist für uns ein Ziel, das in allen kommunalen Bereichen Einzug halten muss. Wir setzen uns für mehr Beteiligung aller EinwohnerInnen ein, z.B. durch Einführung eines Bürgerhaushaltes, der es ihnen ermöglicht, die Haushaltswirtschaft der Stadt mehr zu verstehen als bisher und sogar direkten Einfluss auf ausgesuchte Bereiche der städtischen Ausgaben zu nehmen. Einwohnerfragestunden im Rat und in den drei Bezirksvertretungen sowie städtische Versammlungen zu allen relevanten Themen sind hier das richtige Instrumentarium und sorgen für mehr Transparenz im politischen Handeln.

GRÜNE stehen für Bottrops Zukunft

Wir setzen Schwerpunkte unserer Arbeit in den Bereichen, die wesentlich für die Zukunftschancen der Menschen in unserer Stadt sind: Neben einer nachhaltigen Stadtplanung und -entwicklung gilt unser besonderes Augenmerk der Weiterentwicklung unserer Schulen, Bildungs- und Jugendeinrichtungen. Hierbei gilt für uns GRÜNE, kein Kind und keinen Jugendlichen zurückzulassen. Wir wollen, dass möglichst alle Jugendlichen einen Schulabschluss machen. Eine gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Familien, sowie von Familien mit Migrationshintergrund soll helfen, dieses Ziel zu verwirklichen.

Gute Kindertagesstätten, eine starke Jugendarbeit, mehr Ganztagschulen auf freiwilliger Basis, sowie verbesserte Betreuungsmöglichkeiten für Kinder berufstätiger Menschen ermöglichen bessere Chancen, beugen Armut vor und helfen, das Zusammenleben aller Kinder und Jugendlicher zu stärken, sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern.

Daneben wollen wir aktive kommunale Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche stärken. Die von den GRÜNEN angestoßene Diskussion zum Ring politischer Jugend geht dabei in die richtige Richtung, doch wir wollen Mehr: z.B. einen Jugendrat, in den Jugendliche ihre eigenen Ideen einbringen können und diese selbst im Rat der Stadt Gehör finden.

Zur Zukunftssicherung gehört auch, einen Einklang zwischen den kulturellen Angeboten und der Sport- und Vereinsinfrastruktur zu schaffen, z.B. durch Kooperationen (AGs) zwischen den Schulen und den Sportvereinen.

Ein weiteres Ziel unserer Arbeit soll es sein, öffentliche Freiräume für Kinder und Jugendliche zu schaffen, die allen Altersgruppen gerecht wird: In Parks aber auch in der direkten Innenstadt durch spezielle Jugendcafes. Politik muss da die Rahmenbedingungen schaffen. Die Neugestaltung des Ehrenparks zum Mehrgenerationenpark kann dabei nur eine Maßnahme von vielen sein. Doch die Gestaltung des Ehrenparks kann Modellcharakter haben:

Dort an zentraler Lage wollen wir GRÜNEN zeigen, dass das Miteinander der Generationen nicht zum Konflikt, sondern zur gegenseitigen Bereicherung führt. Erholung für die einen, aktive Freizeitgestaltung wie die Skater-Bahn für die anderen. Wer eine lebendige Stadt mit Kindern möchte, darf Jugendliche nicht an den Rand und aus dem Stadtbild verbannen, wie es zu oft passiert. Denn die Kinder und Jugendlichen sind die Zukunft unserer Stadt.



Foto: Andrea Swoboda, Fraktionssprecherin und OB-Kandidatin 2009 und Bernd Tischler, Technischer Beigeordneter der Stadt Bottrop beim Ehrenpark-Workshop

Wir wollen die Kulturhauptstadt 2010 nutzen, um die kulturelle Infrastruktur unserer Stadt nicht nur auf den heutigen Stand zu halten, sondern sie auch qualitativ aufzuwerten. Deshalb sind wir grundsätzlich gegen Kürzungen im Kulturhaushalt. Kultur ist kein Luxus, den sich eine Stadt in guten Zeiten leisten möchte. Kultur muss zur Pflichtaufgabe werden, denn sie fördert in ihrer ganzen Vielfalt das Ansehen unserer Stadt und macht diese lebendig und lebenswert. Kulturelle Bildung ist für uns ein zentrales Anliegen, denn sie garantiert soziale Teilhabe aller BürgerInnen egal welcher Herkunft: Das betrifft die Stadtteilbibliotheken genauso wie die Musikschule.

Wir alle profitieren von den Ideen und Innovationen der Kulturschaffenden, die ein wichtiges Potential auch aus wirtschaftlicher Sicht darstellen. Kultur schafft

Arbeitsplätze und macht den Wirtschaftsstandort Bottrop für mehr Menschen attraktiver.

GRÜNE stehen für regionale Vernetzung: Bottrop ist Teil der Metropolregion Ruhrgebiet

Wir wollen die Herausforderungen, die in den kommenden Jahren vor Bottrop liegen, nicht alleine, sondern als Teil der Metropole Ruhr annehmen. Sie übersteigen die Kräfte einzelner Städte und sind mit dem traditionellen Kirchturmsdenken nicht zu bewältigen. Hier muss das Ruhrgebiet als Ganzes handeln können. Daher ist eine weitere Stärkung des Regionalverbandes Ruhr als Klammer der 11 kreisfreien sowie 42 kreisangehörigen Städte in vier Landkreisen notwendig.



Wir wollen den Regionalverband Ruhr zur Region Ruhr weiterentwickeln, die dort, wo es sinnvoll ist, staatliche sowie kommunale Aufgaben bündelt und durch direkte Wahlen legitimiert wird. Die BürgerInnen sollen diejenigen Parteien und PolitikerInnen wählen können, die mit klarem Profil für eine Stärkung der Regionalpolitik eintreten. Die Metropole Ruhr braucht endlich die gleichen Strukturen wie dies in erfolgreichen Regionen wie Hannover, Frankfurt und Stuttgart bereits seit Jahren der Fall ist.

Mit der Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft „metropoleruhr GmbH“ ist hierfür ein wichtiger Baustein gelegt worden.

GRÜNE stehen für solide und zukunftsfähige Wirtschaftspolitik

In den letzten Jahrzehnten hat das Ruhrgebiet einen tief greifenden wirtschaftlichen Wandel durchlaufen. Klassische Industriearbeitsplätze in der Montan- oder Stahlindustrie gingen verloren. Mit dem bevorstehenden Ende des subventionierten Steinkohlebergbaus wird die Lösung aus der Schwerindustrie weitgehend beendet sein.



Darum setzen auch wir in Bottrop auf Strukturwandel; auf moderne und optimierte Wirtschaftsförderung, um auf das Ende des subventionierten Steinkohlebergbaus vorbereitet zu sein. Statt auf teure "Wolkenkuckucksheime", wie den Ausbau des Flugplatzes und der blinden und bedarfsfernen Ausweisung von Gewerbeflächen auf der "Grünen Wiese" zu setzen, stehen wir dafür ein, dass sich Bottrop den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts stellt und die vorhandenen

Ressourcen nutzt. Eingebunden in den Wirtschaftsraum Rhein-Ruhr mit einer Hochschuldichte, die ihres gleichen sucht, können wir auf eine vorhandene "Infrastruktur des Wissens" zurückgreifen und innovative Technologien aus den Bereichen Maschinenbau, Umwelt-, regenerative Energie- und Medizintechnik fördern. Mit der von uns erfolgreich unterstützten Forderung nach einer gemeinsamen Fachhochschule mit der Stadt Mülheim haben wir Zeichen gesetzt. Durch ein optimiertes Flächenmanagement wollen wir bestehende Gewerbeflächen aufwerten und bedarfsgerecht neue schaffen, Synergieeffekte nutzen und so Kosten für Unternehmen senken und die Umweltverträglichkeit steigern. Das schafft zukunftsfähige und sichere Arbeitsplätze.

